

Das Zitat des Tages

„Nach fünf Jahren habe ich die Nase voll davon, der europäische Chefbürokrat zu sein. Ich bin bereit zu kämpfen.“

Der scheidende EU-Ratspräsident Donald Tusk will EVP-Chef werden

Politik kompakt

INTERNET

Unionspolitiker wollen härtere Strafen für Hetze

Innenpolitiker der Union haben eine Gesetzesänderung vorgeschlagen, um Hetzer im Netz in die Schranken zu weisen. Konkret geht es um die Wiedereinführung des Straftatbestands „Befürwortung von Straftaten“, der 1981 abgeschafft worden war. „Die beeinflussende Rolle, die aggressive Posts im Internet bei politisch motivierten Straftaten spielen, wird immer offensichtlicher“, heißt es in einem Brief an Innenminister Horst Seehofer (CSU), den der CDU-Abgeordnete Alexander Throm bereits im Oktober verfasst hatte. Deshalb sei es wichtig, „deutliche Signale an die aktiven Hetzer“ zu senden. (dpa)

ANTISEMITISMUS

Aussöhnung: Knobloch zieht bittere Bilanz

Die frühere Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, hat ein bitteres Fazit ihrer Bemühungen um Aussöhnung und ihres Kampfes gegen Antisemitismus gezogen. Der Zeit sagte sie: „Ignatz Bubis hat kurz vor seinem Tod gesagt: Ich habe nichts erreicht. Ich habe ihm damals persönlich widersprochen. Aber jetzt erreichen mich diese Worte selbst. Wenn ich mir die derzeitige Situation anschau, denke ich manchmal: Du hast doch auch nichts erreicht.“ Dabei habe sie gehofft, dass das Miteinander von Juden und Nichtjuden in Normalität übergehe und sie das noch erlebe. (dpa)



Charlotte Knobloch kämpft seit vielen Jahren für Aussöhnung. Foto: Hoppe, dpa

SOZIALPOLITIK

SPD will mindestens 250 Euro für jedes Kind

Die SPD will auf ihrem Parteitag im Dezember ein Konzept für eine Neuregelung des Kindergeldes beschließen. Das hat die kommissarische Parteivorsitzende Malu Dreyer angekündigt. „Wir wollen eine existenzsichernde Geldleistung anbieten, die alle bisherigen Familienleistungen zusammenfasst“, sagte Dreyer der Funke Mediengruppe. „Sie soll gestaffelt sein nach Einkommenssituation der Eltern. Je ärmer die Familie ist, desto höher wird die Geldleistung sein.“ Der monatliche Basisbetrag soll demnach bei 250 Euro, der Höchstbetrag für Kinder ab 14 Jahren bei 478 Euro liegen. (dpa)

Das Datum

21. November

- » 1974 Zwei Bomben der irischen Terrororganisation IRA detonieren in Pubs in Birmingham. 21 Menschen werden getötet und 162 verletzt.
- » 1989 Zum ersten Mal dürfen die Debatten im britischen Unterhaus im TV live übertragen werden.
- » 1999 China gelingt erstmals ein unbemannter Raumflug um die Erde. Der Start der Rakete „Shenzhou“ am Vortag wurde bis zur gelungenen Rückkehr nach 21 Stunden geheim gehalten.

Wie Rentner belastet werden

Sozialpolitik Die Steuern auf die Altersrente steigen rasant. Wenigstens den Betriebsrentnern will die Koalition mit einem geringeren Kassenbeitrag entgegenkommen – aber nicht rückwirkend

VON JOACHIM BOMHARD

Augsburg Das Zahlen von Steuern, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen hört im Rentenalter nicht auf. Die Belastungen steigen vor allem für Neurentner von Jahr zu Jahr. Jetzt winkt wenigstens den Betriebsrentnern eine gewisse Entlastung durch die Bundesregierung.

Im Zusammenhang mit den Beschlüssen für die Einführung einer Grundrente einigte sich die Koalition auf eine Neuregelung der Krankenkassenbeiträge für gesetzlich versicherte Betriebsrentner. Bisher galt eine Freigrenze von 155,75 Euro pro Monat. Bis dahin wurden keine Beiträge fällig. Wer mehr bekam, dessen komplette Betriebsrente wurde beitragspflichtig.

Nach einem Gesetzentwurf von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) soll bereits ab 2020 ein Freibetrag von 159,25 Euro gelten. Das heißt: Erst auf alles, was darüber liegt, werden Krankenkassenbeiträge auf die Betriebsrente fällig. Zu zahlen sind der allgemeine Beitragsatz von 14,6 Prozent und der Zusatzbeitrag von etwa einem Prozent.

Ein Beispiel: Wer eine Betriebsrente von 318 Euro bezieht, zahlt darauf bisher monatlich 49,80 Euro an die Kasse. Künftig sind es dank des Freibetrags 24,90 Euro. Noch krasser der Unterschied bei einer Betriebsrente von 169,25 Euro; Bisher mussten trotz Freigrenze 26,40 Euro abgetreten werden, nun sind es noch 1,56 Euro, für jene zehn Euro, die über dem Freibetrag liegen.

Was ist mit Betriebsrentnern, die sich ihre Zusatzrente auf einen Schlag auszahlen lassen? Das Kapital wird in 120 Teile aufgespalten und als Rente betrachtet, die zehn Jahre lang Monat für Monat ausbezahlt wird. Wir erklären es an einem Beispiel: Jemand bekam aus einer Lebensversicherung 200 000 Euro. Auf zehn Jahre (ist gleich 120 Monate) verteilt entsprach das einer Betriebsrente von rund 1666 Euro. Dafür mussten zehn Jahre lang pro Monat 260 Euro Krankenkassenbeitrag bezahlt werden. Mit dem neuen Freibetrag reduziert sich das auf 235,16 Euro.

Keine Änderung gibt es bei der Pflegeversicherung. Hier gilt die bisherige Freigrenze von 155,75 Euro weiter. Wer drunter liegt, zahlt keinen Beitrag, wer sie überschreitet den allgemeingültigen Satz von 3,05 Prozent (bzw. 3,4 Prozent für Kinderlose).

Kritiker hatten moniert, dass die Entlastung nicht weit genug gehe. Der Verein „Direktversicherungsgeschädigte“, der seit Jahren gegen



Rentner müssen genau rechnen, was ihnen von Alters- und Betriebsrente übrig bleibt, wenn Kassenbeiträge und Steuer fällig werden. Foto: Hans-Jürgen Wiedl, dpa

die Regelungen kämpft, verweist darauf, dass allenfalls eine Direktversicherung mit einer Auszahlung knapp unter 19 000 Euro von der Beitragszahlung befreit wäre. Solche Beträge seien eher untypisch für Zusatzrenten.

Dass die Beiträge komplett – also Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil – zu entrichten sind, gilt seit 2004. Damals sollten Finanzlöcher der Krankenversicherung gestopft werden. Spahn hatte Anfang des Jahres bereits einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem zum halben

Beitragsatz zurückgekehrt werden sollte. Doch die Koalition scheute die Kosten von rund drei Milliarden Euro. Nun soll die Entlastung der Betriebsrentner 1,2 Milliarden Euro betragen. Rückwirkend soll nichts erstattet werden.

Müssen Betriebsrentner nun selbst aktiv werden? Das Gesundheitsministerium geht davon aus, dass die Krankenkassen die künftigen Beiträge auf Betriebsrenten für ihre Versicherten auf der Grundlage des noch zu verabschiedenden Gesetzes ausrechnen und anwenden

werden. Da das Gesetz schon ab 1. Januar gelten soll, sei nicht auszuschließen, dass es noch nicht in allen Fällen ab Januar angewandt wird und es zu Nachzahlungen kommt.

Der Entlastung hier steht die wachsende Steuerlast gegenüber. „Neurentner zahlen heute teilweise mehr als das Fünffache an Steuern als Rentner, die 2010 in Ruhestand gegangen sind“, sagt der Linkenfraktionschef im Bundestag, Dietmar Bartsch. Er hat bei der Bundesregierung nachgefragt, wie sich die Besteuerung von Altersrenten seit 2010 entwickelt hat (siehe Tabelle). Bartsch greift ein Beispiel heraus: Zwei Rentner bekommen aktuell 1500 Euro Bruttorente pro Monat. Der eine ging 2010 in Rente und zahlt tariflich pro Jahr 79 Euro auf seine Rente. Der andere, der dieses Jahr Rentner wurde, zahlt bereits 430 Euro auf die gleiche Rente.

Woher kommt das? Seit 2005 ist die Besteuerung der gesetzlichen Rente neu geregelt. Ein bei Rentenbeginn lebenslang festgelegter persönlicher Freibetrag bleibt steuerfrei, der steigende Rest muss versteuert werden. Wer 2005 oder vorher in Rente ging, bekommt die Hälfte der damaligen Rente stets steuerfrei. Seitdem steigt aber der zu versteuernde Anteil um jährlich zwei Prozentpunkte. 2019 müssen Neurentner bereits 78 Prozent ihrer Rente zum persönlichen Steuersatz versteuern, ihr Freibetrag sinkt auf 22 Prozent. Ein Beispiel: Jemand bekommt 1500 Euro Rente im Monat, davon sind 330 Euro (22 Prozent) steuerfrei. Hochgerechnet ist das ein jährlicher Steuerfreibetrag von 3960 Euro, der ihm bis zum Lebensende gleich bleibt, auch wenn die Rente steigt. Im kommenden Jahr sind es nur noch 20 Prozent steuerfrei. In den Folgejahren sinkt der Freibetrag um jeweils einen Prozentpunkt. Wer also 2040 in Ruhestand geht, zahlt auf die komplette gesetzliche Rente Steuern. Andere steuerliche Regelungen wie der Grundfreibetrag von derzeit 9168 Euro gelten unabhängig davon natürlich weiter. (mit dpa)

So unterschiedlich hoch sind die Steuern auf die Rente											
aktuelle Monatsbruttorente 2. Hj. 2019	Jahresbruttorente 2019	tarifliche Jahreseinkommenssteuer 2019 bei Rentenbeginn in									
		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
1200	14177	0	0	0	0	0	0	0	0	0	31
1500	17722	79	110	148	189	225	253	285	325	364	430
1700	20085	294	336	385	440	488	524	567	620	670	758
2000	23629	679	740	810	889	957	1009	1069	1141	1210	1326
2500	29537	1460	1546	1645	1753	1845	1915	1994	2091	2182	2337
Quelle: Fraktion Die Linke, Bundesministerium der Finanzen											

Erste Festnahmen in der Ibiza-Affäre

Österreich Der Polit-Skandal zieht immer weitere Kreise. Es geht um Korruption und Untreue

VON MARIELE SCHULZE BERNDT

Wien Die Ibiza-Affäre wird auch weiterhin die Politik in Österreich entscheidend prägen: Im Mai zerbrach die österreichische Regierung an dem Skandal, jetzt gibt es erste Verhaftungen. Sechs Verdächtigen wird unter anderem Nötigung, Betrug, Missbrauch von Abhörgeräten und Urkundenfälschung vorgeworfen. Nach Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Handydaten fanden die Ermittler der Soko Ibiza Hinweise auf politische Korruption und Untreue in der türkischblauen Regierung.

Betroffen sind neben dem ehemaligen FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache auch Politiker der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Es geht beispielsweise um einen Vorstandsposten der Casinos Austria, der offensichtlich als Gegenleistung für die Erteilung von Online-Glücksspiel-Lizenzen an einen FPÖ-Funktionär vergeben wurde. Dies legen zumindest jetzt öffentlich gewordene WhatsApp-Nachrichten und E-Mail-Verläufe nahe. Das von der Staatsanwaltschaft beschlag-

nahmte Handy Straches erweist sich als Goldgrube für die Ermittlungen. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt wegen Korruption, Untreue und Amtsmissbrauchs.

Die wegen des Ibiza-Videos festgenommenen Personen sollen die Vorbereitungen für die Aufnahme getroffen haben, auf denen auch der damalige Vizekanzler Strache zu sehen ist. Die Verdächtigen sollen danach auch die Frau angeleitet haben, die in dem Video als russische Oligarchin auftritt. Sie sollen zudem versucht haben, das Video nach dem Dreh 2017 an verschiedene Interessenten zu verkaufen. Nachdem das insgesamt siebenstündige Video in den Medien zum Teil veröffentlicht worden war, soll einer der Männer, der wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zur Fahndung ausgeschrieben ist, Strache das gesamte Video im Sommer 2019 zum Preis von 400 000 Euro zum Kauf angeboten haben. Ob auch politische oder nur kriminelle Motive eine Rolle spielten, blieb unklar.

In dem Video hatte Strache davon gesprochen, wie Unternehmen, an

denen die Republik Österreich beteiligt ist, für politische Gegengeschäfte benutzt werden können. Dabei ging es offensichtlich auch konkret um die Besetzung des Vorstands der Casinos Austria. An dem Glücksspielkonzern sind neben dem Staat auch die tschechische Sazka-Gruppe und das österreichische Unternehmen Novomatic beteiligt.



Wird für immer mit der Ibiza-Affäre in Verbindung gebracht werden: der frühere FPÖ-Chef und Minister Heinz-Christian Strache. Foto: Hans Punz, dpa

Rückzug bayerischer Genossen

SPD verliert Stützen im politischen Berlin

VON SIMON KAMINSKI

Augsburg/Berlin Ob Zufall oder nicht, auffällig ist es: Eine Reihe von bayerischen Sozialdemokraten wird in Zukunft dem politischen Berlin den Rücken kehren. Dass sich Umweltstaatssekretär Florian Pronold und Landesgruppenchef Martin Burkert ganz aus der Politik zurückziehen, ist keine Überraschung mehr. Dass nun aber die bayerische SPD-Chefin Natascha Kohnen auf eine erneute Kandidatur für den Bundesvorstand der Partei verzichtet, kam für viele doch unerwartet. Die 52-jährige Vize-Chefin der SPD begründete diesen Schritt im *Münchner Merkur* damit, dass die Bundespartei einen Neuanfang brauche. Gleichzeitig aber hadert sie mit der Rolle ihrer Partei in der Großen Koalition.

Auf Facebook präzierte Kohnen, dass die SPD insbesondere in der Klimapolitik zu wenig erreicht habe. Doch ein weiterer Punkt könnte den Ausschlag für ihren Abschied gegeben haben: „Wir sind bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik Kompromisse mit CSU und CDU eingegangen, die ich persönlich nicht vertreten kann.“

Völlig anders liegen die Dinge bei Landesgruppenchef Burkert. Der Franke soll stellvertretender Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft werden. Das macht insofern Sinn, als das Burkert im Bundestag seit Jahren als Bahnexperte aus Leidenschaft gilt. Etwas ganz anderes will Florian Pronold in Zukunft machen. Der 46-Jährige, der vor Jahren als Nachwuchshoffnung der bayerischen SPD galt, will im Frühjahr 2020 auf sein Bundestagsmandat verzichten, um als Gründungsdirektor der Bundesstiftung den Wiederaufbau der legendären Bauakademie des großen Berliner Architekten und Baumeisters Karl Friedrich Schinkel (1781 bis 1841) voranzutreiben.



Verändern sich: Natascha Kohnen und Florian Pronold. Foto: Sven Hoppe, dpa